

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3303

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3303](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3303)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

**Medienkonferenz vom 10. Mai 2021**

## **Ein ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz**

Aktionsplan von Travail.Suisse für eine soziale Klimapolitik

---

### **Die Klimafrage ist eine soziale Frage**

**Travail.Suisse, der unabhängige Dachverband der Arbeitnehmenden, unterstützt das CO<sub>2</sub>-Gesetz, über das am 13. Juni abgestimmt wird, mit voller Überzeugung. Zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens und zur Eindämmung der Erderwärmung braucht es aber zusätzliche Anstrengungen. Mit einem Aktionsplan für eine soziale Klimapolitik fordert Travail.Suisse bereits im Jahr 2040 die Klimaneutralität sowie einen ökologischen und sozialen Arbeitsmarkt.**

---

*Adrian Wüthrich, Präsident Travail.Suisse*

---

Das Datum der heutigen Medienkonferenz von Travail.Suisse ist nicht zufällig einen Monat vor der Abstimmung vom 13. Juni über das CO<sub>2</sub>-Gesetz gewählt. Die Vertreterinnen und Vertreter der Travail.Suisse-Mitgliedsverbände im Vorstand haben mit Überzeugung die Ja-Parole dazu gefasst. Im Abstimmungskampf beteiligt sich Travail.Suisse an der breiten Kampagne der Klima-Allianz und deren rund 100 Mitgliedsorganisationen. Wir sind entschieden der Meinung, dass dieses Gesetz unsere Unterstützung braucht, weil es die CO<sub>2</sub>-Emissionen als Hauptverursacher des Klimawandels reduzieren will und deshalb das im Moment wichtigste Instrument der Schweizer Klimapolitik ist. Die Schweiz als eines der wohlhabendsten Länder der Welt muss ihren Beitrag zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens leisten. Dass sich unser Klima verändert, spüren wir alle, und nicht zuletzt auch viele Arbeitnehmende in ihrer täglichen Arbeit. Aus Sicht der Arbeitnehmenden sind es neben den ökonomischen Argumenten vor allem Argumente im Bereich des Gesundheitsschutzes, die für eine starke Politik gegen die Erderwärmung in der Schweiz und auf der ganzen Welt sprechen. Wärmere Temperaturen – mehr Tropennächte und Hitzetage pro Jahr – erhöhen den Hitzestress und führen zu mehr Kreislauferkrankungen, Allergien häufen sich. Gemäss wissenschaftlichen Studien könnte die Sterberate bis zum Jahrhundertende weltweit um bis zu 3,5 Prozent steigen.

#### **Kampf gegen Klimawandel ist ein Kampf für soziale Gerechtigkeit**

Krisen treffen immer die Schwächsten am stärksten, das hat uns gerade die Corona-Krise eindrücklich gezeigt. Dasselbe ist und wird auch bei der Klimakrise der Fall sein. Die durch den Klimawandel erwartete Verschärfung extremer Wetterereignisse wird voraussichtlich mit einem Anstieg der umweltbedingten Flucht und Migration einhergehen. Allein schon deshalb ist der Kampf gegen den Klimawandel auch ein Kampf für soziale Gerechtigkeit und damit ein Thema für die Gewerkschaften. Für Travail.Suisse ist deshalb klar, dass es eine ambitionierte Klimapolitik mit wirksamen Massnahmen braucht. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist deshalb nur eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Ziel gemäss Pariser Klimaabkommen, den globalen Temperaturanstieg auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen.

#### **Klimapolitik muss sozial sein – CO<sub>2</sub>-Gesetz erfüllt Bedingung**

Dieser Weg ist eine Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Wir können ihn aber mit politischen Massnahmen gestalten. Dabei muss die Klimafrage als soziale Frage verstanden werden. Travail.Suisse setzt sich ein, dass der Einsatz gegen den Klimawandel sozialverträglich erfolgt. Die von der CO<sub>2</sub>-Gesetz-Gegnerschaft kritisierte Verknüpfung von Klima- und Sozialpolitik ist ein

Erfolgsfaktor einer jeden Klimastrategie. Im vorliegenden CO<sub>2</sub>-Gesetz wird über die Lenkungsabgabe Rücksicht genommen auf Personen und Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen. Wer seinen CO<sub>2</sub>-Ausstoss nicht verringert, zahlt etwas mehr. Wer hingegen wenig CO<sub>2</sub> ausstösst, erhält gar Geld. Dabei werden Ferien mit dem Flugzeug nicht verunmöglicht, sondern mit einer moderaten Abgabe aufgezeigt, welche Auswirkungen das eigene Konsumverhalten auf die Klimaemissionen hat. Zudem wird eine Abgabe für Geschäfts- und Privatflüge eingeführt, deren Hälfte der Einnahmen gleichmässig an die Bevölkerung zurückverteilt wird, der Rest geht in den neuen Klimafonds. Mit diesem Klimafonds werden Sanierungen von Gebäuden finanziert, Investitionen in die Infrastruktur gefördert und Unterstützung für neue, innovative Technologien ermöglicht. Auf diese Weise werden Aufträge und damit Arbeitsplätze im ganzen Land erhalten und neu geschaffen, insbesondere auch in den Randregionen.

Mit diesen Massnahmen muss das Ziel im revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz – die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 50 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 1990 – erreicht werden können. Dies ist ein realistisches Ziel. Das Parlament hat richtigerweise festgelegt, dass von der Reduktion mindestens 75 Prozent in der Schweiz erreicht werden muss. So wird ein starker Impuls gesetzt, Investitionen in den Klimaschutz im eigenen Land zu tätigen. Die EU und die USA wollen ebenfalls enorme Summen in den Klimaschutz investieren, um für die Zukunft gerüstet zu sein, die Wirtschaft nach Corona wieder anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz kommt deshalb für die Schweiz zum richtigen Zeitpunkt!

### **Strukturelle Veränderungen sozialverträglich gestalten**

Der Klimawandel ist bedrohlich und beschäftigt die Menschen, dies zeigt die Unterstützung für die Klimabewegung deutlich. Die Klimapolitik bietet aber auch Chancen, wenn die Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft gefördert und sozialverträglich ausgestaltet wird. Travail.Suisse will diese Chancen betonen, blickt bereits auf die nächsten Etappen der Klimapolitik und stellt mit seinem heute präsentierten Aktionsplan Forderungen dafür vor. Das Konzept des gerechten Übergangs muss zu einem Teil der Schweizer Klimapolitik werden und im Gesetz verankert werden (Forderung 4). Die EU hat dieses Konzept, das auch im Pariser Klimaabkommen erwähnt wird, übernommen. Die Internationale Arbeitsorganisation hat dafür entsprechende Leitlinien definiert. Travail.Suisse fordert, dass die Gewerkschaften analog der Privatwirtschaft viel stärker in die Umsetzung eingebunden werden, weil die strukturellen Veränderungen auch Massnahmen auf dem Arbeitsmarkt erfordern (vgl. Massnahme 9). Wirtschaft und Politik müssen den Beschäftigten in Branchen, die im Zuge des Umbaus der Wirtschaft schrumpfen oder gar verschwinden werden, neue Perspektiven schaffen. Konkret: Weiterbildungen und Umschulungen ermöglichen, damit sie eine neue Arbeit finden können. Es braucht einen guten Ausgleich, damit die Klimapolitik von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen und an der Urne unterstützt wird. In der Schweiz müssen «Gelbwesten» verhindert werden wie sie in Frankreich auf eine von der Regierung geplante CO<sub>2</sub>-Abgabe entstanden sind.

### **Nächste Etappe – Klimaneutralität bereits 2040**

Der stärkere Einbezug der Gewerkschaften und der Privatwirtschaft ist umso wichtiger, weil Travail.Suisse die Klimaneutralität in der Schweiz bereits 2040 erreichen will – 10 Jahre vor dem Bundesrat (Forderung 1). Die frühere Erreichung des Ziels ist nicht nur gut für die kommenden Generationen, sondern auch für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Nach Inkrafttreten des CO<sub>2</sub>-Gesetzes muss sofort die nächste Etappe in Angriff genommen werden. Dabei muss bei allen Massnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Richtung des Netto-Null-Ziels die Sozial- und Wirtschaftsverträglichkeit berücksichtigt werden und in der langfristigen Klimastrategie der Schweiz ihren Niederschlag finden. Mit dem vorliegenden Aktionsplan zeigt Travail.Suisse wie Klimaneutralität, Energiewende und Energieeffizienz trotz höherer Kosten durch Beschäftigte mit tiefen Einkommen getragen werden können. Nicht nur die Klimajugend und ihre Bewegung «Fridays for Future» fordern ein Recht auf Zukunft und gehen lauthals auf die Strasse, auch die Arbeitnehmenden erheben ihre Stimme für die Zukunft – damit der «Green Deal» auch ein «Social Deal» ist.

Kurz: Travail.Suisse unterstützt das CO2-Gesetz und fordert zeitverzugslos weitere Anstrengungen gegen den Klimawandel, damit die Klimaneutralität bis 2040 durch den gerechten Übergang auf eine soziale Art erreicht werden kann.

**Medienkonferenz vom 10. Mai 2021**

## **Ein ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz**

Aktionsplan von Travail.Suisse für eine soziale Klimapolitik

---

*Léonore Porchet, Vizepräsidentin Travail.Suisse, Nationalrätin VD*

---

Liebe Medienschaffende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebes Publikum

Ich bin stolz, mit Travail.Suisse einen Klimaplan zu tragen, der die Anliegen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt. Die Gewerkschaften haben die unmittelbare Pflicht, sich für die Interessen ihrer Mitglieder einzusetzen. In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise aufgrund der Pandemie wird diese grundlegende Funktion übrigens stark mobilisiert. Für Travail.Suisse umfasst die Pflicht einer Gewerkschaft aber nicht nur die materiellen Fragen; zu ihr gehört auch der Aufbau einer Gesellschaft, die den Arbeitnehmenden ganz allgemein eine gute Lebensqualität sicherstellt. Dies ist einer der Gründe, weshalb die Vereinbarkeit der Berufstätigkeit mit dem Privatleben, die Arbeitszeitgestaltung und der Vaterschaftsurlaub zu den Schwerpunktthemen von Travail.Suisse gehören. Diese werden ergänzt durch eine langfristige Vision, um diese Lebensqualität auch zukünftig in einer intakten und menschenfreundlichen Umwelt sicherzustellen.

Die Arbeitsmodelle und der Klimanotstand hängen eng zusammen. Denn das aktuelle Streben nach einer immer höheren Produktivität führt zur Verschiebung der Grenzen für die Ausbeutung der Rohstoffe und des Personals, indem vollständig industrielle Verfahren gefördert und das Arbeitstempo gesteigert werden. Die Umweltverschmutzung und die Erderwärmung wirken sich ebenfalls gravierend auf die Gesundheit der Arbeitnehmenden aus. Die Art, wie wir Güter und Dienstleistungen herstellen, schadet der Umwelt und den Arbeitnehmenden massiv. Um auf unserem Planeten zu leben, ohne ihn zu zerstören, benötigen wir eine Arbeitsorganisation, die uns selber, den andern und unserer Umwelt Sorge trägt. Damit sich unsere Lebensweisen ändern, muss sich die Arbeitswelt auf Antrieb und unter Aufsicht der gewerkschaftlichen Kreise tiefgreifend wandeln. Denn nur ein gerechter ökologischer Wandel ist akzeptabel! Angesichts der Dringlichkeit verlangt Travail.Suisse eine ehrgeizigere Politik als jene des Bundesrats.

Insbesondere verlangt Travail.Suisse nicht nur ein schnelleres Tempo für das Erreichen der Klimaneutralität, sondern auch ein Ende der heuchlerischen CO<sub>2</sub>-Kompensation im Ausland bis 2030.

Für Travail.Suisse ist die Möglichkeit, die Emissionen im Ausland zu senken, nicht im Interesse der Innovation und der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Schweiz. Sie hat den Nachteil, dass die Energieabhängigkeit der Schweiz länger andauert, was die Sicherheit der Energieversorgung schwächt. Der weitere Import fossiler Energien kostet Milliarden Schweizer Franken – beträchtliche Summen, die besser in die Entwicklung von erneuerbaren Energien, in die Energieeffizienz, in die sanfte Mobilität und in die Aus- und Weiterbildung für den Erwerb von neuen Kompetenzen in Verbindung mit der Erderwärmung investiert würden. Für Travail.Suisse gibt es keine stichhaltigen Argumente für den Handel mit «Emissionsrechten». Die CO<sub>2</sub>-Emissionsgutschriften löschen die Verschmutzung nicht aus, sondern zögern die notwendigen Veränderungen für den ökologischen Wandel in der Schweiz hinaus.

Trotz der rechtlichen Garantien zweifeln wir daran, dass die Reduktionsprojekte im Ausland ordnungsgemäss umgesetzt werden – ausreichende Überwachungsmechanismen fehlen.

Die Emissionen im Inland stellen nur eine Seite des Problems dar. Die Konsequenzen unseres übermässigen CO<sub>2</sub>-Ausstosses machen nicht an der Grenze von Basel oder Chiasso halt. Die Schweiz ist deshalb dafür verantwortlich, die von ihr verursachten Emissionen zu reduzieren. Sie hat einen sehr grossen Handlungsspielraum, namentlich im Finanzsektor. Um seinen Rang, seine Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsstellen des Sektors zu bewahren, hat der Finanzplatz Schweiz ein starkes Interesse daran, eine weltweite Referenz im Bereich nachhaltige Finanzdienstleistungen zu werden. Um dies zu erreichen, muss eine strengere Gesetzgebung verabschiedet werden, denn der Finanzsektor tut sich schwer damit, sich vom CO<sub>2</sub> zu verabschieden und investiert weiter stark in fossile Energien.

Die grössten Vorsorgeeinrichtungen sind trotz bestehender Alternativen nicht besser. Ausserdem stellen die Rentenfonds eine Finanzquelle dar, die einen konkreten Einfluss auf die Klimaziele der Schweiz haben kann. Für die Sicherstellung dieser Desinvestition muss den Versicherten die Sicherheit geboten werden, dass sie die gleichen Sozialleistungen vorfinden werden, und die Unternehmen müssen ermutigt werden, sich Pensionskassen anzuschliessen, die sich an die Klimaziele des Bundes halten. So können sich die Arbeitnehmervertreter\*innen in den Verwaltungsräten dafür einsetzen, dass sich die Vorsorgeeinrichtungen in Richtung einer Vermögensverwaltung bewegen, die dem Ziel der Klimaneutralität und den Grundsätzen der Nachhaltigkeit entspricht.

Der systematische Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebenden ist mit dem Ergreifen von ökologischen Massnahmen eine Stütze des ökologischen Wandels. Travail.Suisse schliesst sich der Klimastreikbewegung an, die skandiert, dass es ohne soziale Gerechtigkeit keine Klimagerechtigkeit gibt. Die Arbeitnehmenden, für die der CO<sub>2</sub>-Ausstieg keine Gefahr darstellen darf, müssen Garantien erhalten. Dies bedeutet aber, dass die Schweiz massiv in die Umschulung und die Weiterbildung investieren und ein Einkommen für den ökologischen Wandel in Betracht ziehen muss.

Die Herausforderungen der Klimakrise sind zahlreich. Mit dem Klimaplan von Travail.Suisse wird die Stimme unserer 150 000 Mitglieder für einen ehrgeizigen Kampf gegen den Klimawandel eingesetzt, der die soziale Komponente der politischen Entscheide vorwegnimmt, die für einen raschen, wirksamen und gerechten Wandel notwendig sind.

**Medienkonferenz vom 10. Mai 2021**

## **Ein ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz**

Aktionsplan von Travail.Suisse für eine soziale Klimapolitik

---

### **Saubere und gerechte Klimapolitik braucht eine Lenkungsabgabe auf alle Treibhausgasemissionen**

---

Nick Beglinger, Geschäftsführer der Stiftung Cleantech21, Initiator des Wirtschaftsverbands swisscleantech

---

Guten Tag meine Damen und Herren

Ich freue mich sehr, heute bei Travail.Suisse einen Beitrag leisten zu können. Wenn überhaupt, kennen mich einige von Ihnen vielleicht noch als Gründungspräsidenten des Wirtschaftsverbands swisscleantech – und fragen sich jetzt vielleicht, was ich an der Pressekonferenz einer Gewerkschaft verloren haben! Mit der Stiftung Cleantech21 befasse ich mich weiterhin mit dem Thema Klima, national und international, zusammen mit Wirtschafts- und anderen Akteuren. Alle sollten sich für enkeltaugliche Klimapolitik einsetzen. In den Augen von Cleantech21 sind es, nebst der Jugend, die Gewerkschaften, die dafür immer wichtiger werden. Das ist gut so, und es beisst sich nicht mit den Anliegen der Wirtschaft. Ich hoffe, ihnen heute kurz darlegen zu können wieso.

Der Klima-Einsatz von Travail.Suisse ist von Bedeutung, weil Klimamassnahmen dringend sind und einschneidend sein müssen. Umso wichtiger ist es daher, dass sie auch für alle tragbar sind. In der internationalen Klimapolitik heisst dies 'Just Transition'. Dieser 'gerechte Übergang' ist eine Bedingung, denn sonst schaffen es Massnahmen nicht, oder nicht genügend rasch, von der Theorie in die Praxis.

Klimapolitik ist heute stark gefordert. Neue Forschungserkenntnisse belegen kontinuierlich, dass die Dringlichkeit rasant zunimmt. Auch wenn wir heute, auf einen Schlag, eine wissenschaftsbasierte Klimapolitik umsetzen könnten, müsste diese äusserst ambitioniert sein. Je länger wir warten oder zu wenig ambitioniert vorwärts machen, desto einschneidender werden zukünftige Massnahmen sein müssen.

Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass es daher falsch wäre, hunderte von Forderungen zu stellen, die dann mühsam verhandelt werden müssen und eine lange Umsetzungszeit erfordern. Richtig und wichtig wäre vielmehr, ein paar wenige, aber weitreichende und daher wirksame, Massnahmen zu definieren und rasch zu implementieren.

Für eine wirksame Klimapolitik, da sind sich die meisten Ökonomen und Klima-Fachleute einig, gibt es ein ganz wichtiges Politikinstrument: Emissionen brauchen einen Preis, d.h. deren Ausstoss muss etwas kosten. Die Tatsache, dass heute die allermeisten Emittenten, weltweit und in der Schweiz, die von ihnen verursachten Kosten nicht oder nur unvollständig bezahlen müssen und stattdessen an die Allgemeinheit abschieben, ist ein ganz zentraler Grund, wieso die Klimapolitik bislang nicht wirksam

genug war. Es gibt zwar etliche sektorspezifische Regelungen und Programme, aber weltweit haben erst gerade 20% aller Emissionen einen Preis, und dieser ist im Durchschnitt noch viel zu tief. Oder in der Fachsprache: Emissionen dürfen nicht länger als Externalitäten behandelt werden. Sie müssen dringend und vollständig internalisiert werden.

Neben dem CO<sub>2</sub>, das vor allem im Haus- und Wärme-, Energie- und Mobilitäts-Bereich wichtig ist, muss auch Methan und Lachgas aus der Landwirtschaft und dem Industriesektor eingeschlossen sein – eben alle Treibhausgase (THG). Die meisten Bürgerinnen und Bürger haben z.B. Lachgas in der Schweiz kaum als Umweltproblem wahrgenommen, bis aufgedeckt wurde, dass ein einziges Werk der Firma Lonza in Visp über Jahrzehnte für 1% der gesamten Schweizer Treibhausgasemissionen verantwortlich war und immer noch ist! Lonza hat dabei nicht einmal Gesetze gebrochen – es gab eine Lücke im Gesetzesrahmen! So etwas können und dürfen wir uns nicht mehr leisten.

Lange Zeit galt für THG Preissetzungs-Instrumente: 'Da machen die meisten eh nicht mit' – national wie international. Ich kenne das Geschehen international recht gut – Cleantech21 ist seit 2016 Mitglied der Weltbank-Initiative 'Carbon Pricing Leadership Coalition'. Das Nicht-Mitmachen wird insbesondere auf jene Bevölkerungsschichten bezogen, die von den Gewerkschaften vertreten werden – also auf tiefere und mittlere Einkommensschichten. Konflikte wie wir sie in Frankreich mit den Gilets Jaunes gesehen haben, scheinen diese Beurteilung vordergründig zu stützen. Präsident Macron wollte eigentlich das Richtige, nämlich eine Preissetzung auf Diesel-Emissionen, das Volk machte aber nicht mit.

Heisst das nun, dass Preissetzungs-Versuche nicht umsetzbar sind? Nein, das heisst es nicht. Es kommt auf das Design und die Qualität der entsprechenden Instrumente an. Diese müssen einerseits die Fairness- und Tragbarkeits-Kriterien erfüllen, wie dies explizit auch von Travail.Suisse verlangt wird. Zudem müssen sie auch rasch umgesetzt werden können, sowie schnell und grossflächig wirken. Mit anderen Worten, sie müssen insgesamt simpel, fair und effektiv sein.

Genau damit befasst sich unsere Stiftung bereits seit einiger Zeit, insbesondere mit dem Projekt International Climate Income Alliance (ICIA). Dieses setzt sich spezifisch für 'Pricing-Instrumente' ein, oder Lenkungsinstrumente, wie wir hierzulande sagen würden. Auf Englisch spricht man auch von 'Climate Income System' oder 'CIS'. Dass Travail.Suisse als Teil ihrer Klimastrategie CIS aufgegriffen hat, freut uns natürlich sehr.

Aber was genau ist CIS und wie funktioniert es? CIS ist ein neues Instrument für die Preissetzung auf Treibhausgasemissionen – so wie Steuern auf Emissionen oder Emissionshandelssysteme. CIS funktioniert simple: Auf alle Emissionen wird ein Preis erhoben – und zwar so nahe an ihrem Ursprung wie möglich (z.B. beim Import von fossilen Energieträgern). Die damit generierten Einnahmen werden umgehend, zu gleichen Teilen, an alle Einwohnerinnen und Einwohner rückverteilt. Das Staatsbudget wird dadurch nicht erhöht.

CIS ist sehr fair, weil auf diese Weise in den allermeisten Ländern weit über die Hälfte aller Haushalte und etwa 97% von jenen mit tiefen bis mittleren Einkommen, unter dem Strich mehr Geld zurückerhalten als sie aufgrund der höheren Preise für Emissions-relevante Güter und Dienstleistungen ausgeben müssen. Der Grund dafür ist einfach: Hohe Einkommensschichten haben einen höheren THG-Ausstoss als tiefere und mittlere Einkommensschichten (mehrere Häuser/Autos, zahlreiche und weite Reisen, etc), dies zeigen verschiedene Studien. CIS beinhaltet zudem ein Grenzausgleichssystem, welches sicherstellt, dass es nicht einfach zu einer 'Verdrängung von Emissionen nach anderswo' kommt, sprich dass Schweizer Firmen durch unsere nationale Klimapolitik nicht benachteiligt werden. CIS ist also auch fair für die Schweiz als Land und die Schweizer Wirtschaft. Sehr wichtig dabei ist zu verstehen, dass je mehr Emissionen einbezogen sind, desto fairer das Gesamtsystem wird. Bleibt z.B. ein Sektor ausgeschlossen, hat das negative Konsequenzen für die tieferen Einkommensschichten.

Und schlussendlich ist das CIS Instrument auch effektiv, also wirkungsvoll. Dies, weil die Rückerstattung gewährleistet, dass ein hoher Preis pro emittierter THG Tonne gesetzt werden kann und trotzdem auch für tiefe Einkommensschichten tragbar ist. Durch die Rückverteilung also, kann und soll Klimapolitik ambitiös sein.

Zum Schluss noch kurz zur kommenden Abstimmung über das CO2 Gesetz. Erster Punkt: JA stimmen, bitte! Aber das mit der Einstellung 'Jetzt JA, und dann gleich weiter'. Denn die derzeit vorgesehenen Massnahmen sind noch klar unzureichend und erfüllen unseres Erachtens die simpel, fair und effektiv Qualitätskriterien noch nicht. Wir brauchen also danach weitere Schritte. Die beste Ausgangslage dafür ist ein JA-Resultat mit hoher Marge.

Zusammenfassend möchte ich betonen, wie wichtig der Einsatz von Travail.Suisse für eine enkeltaugliche Klimapolitik ist. Wir müssen handeln, ganz schnell und äusserst weitreichend. Insgesamt sind die Kosten dafür bedeutend tiefer als jene der Schäden, die auf uns zukommen, wenn wir jetzt nicht handeln. Weitreichendes und schnelles Handeln wiederum braucht die Unterstützung aller Stakeholder. Tiefere Einkommensschichten sind dabei besonders betroffen. Sie tragen am wenigsten zum THG Problem bei, leiden jedoch am meisten unter den Folgen einer falschen Klimapolitik. Für eine rasche Umsetzung braucht es keine dicken Berichte mit 50 oder 100 verschiedenen Massnahmen. Was es braucht, sind wenige aber griffige und rasch umsetzbare Massnahmen. Dass Travail.Suisse in diesem Zusammenhang das CIS-Instrument unterstützt, ist daher sehr zu begrüssen. Und ich bin überzeugt, dass wir für CIS sehr bald bedeutende Mehrheiten finden werden. Denn auch Firmen, die den Klimaschutz ernst nehmen, unterstützen CIS als ein simples, faires und effektives Instrument der Klimapolitik.

**Medienkonferenz vom 10. Mai 2021**

## **Ein ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz**

Aktionsplan von Travail.Suisse für eine soziale Klimapolitik

---

### **Klimapolitik: sozial oder gar nicht!**

**Das neue Positionspapier «Für eine auf dem gerechten Übergang basierende Klimapolitik: Ein neuer ökologischer und sozialer Arbeitsmarkt für die Schweiz» ist der Aktionsplan von Travail.Suisse für die Zukunft. Er enthält Forderungen an die Politik und an die Sozialpartner. Um Erfolg zu haben, muss die Schweizer Klimapolitik in den nächsten Jahren sozialer werden. Dies bedeutet, dass für die Schaffung von Arbeitsplätzen massiv in die Infrastrukturen und erneuerbaren Energien investiert werden muss, dass der Ertrag aus den Lenkungsabgaben noch sozialer verteilt und die Arbeitnehmenden mit einem breiten Aus- und Weiterbildungsprogramm weiter unterstützt werden müssen. Niemand darf aufgrund des klimapolitischen Strukturwandels vergessen gehen.**

---

*Denis Torche, Leiter Klimapolitik Travail.Suisse*

---

Im Vergleich mit 2018 senkte die Schweiz 2019 ihre Treibhausgasemissionen kaum und sie wird ihr Ziel verpassen, bis 2020 die Treibhausgasemissionen im Vergleich mit 1990 um 20 % zu senken.

#### **Ein langer und mühseliger Weg, der in einer Sackgasse enden könnte**

Das Ziel der Klimaneutralität ist noch weit entfernt und der Weg dahin ist steinig. Denn es kommt für einen Dachverband der Arbeitnehmenden nicht in Frage, zahlreiche Personen im sauren Regen stehen zu lassen, die aufgrund des wirtschaftlichen Strukturwandels, der von der Erderwärmung verursacht wird, ihre Kompetenzen oder ihre Arbeit verlieren. Es kommt nicht in Frage, dass er Arbeitnehmende Gefahren aussetzt, weil die erforderlichen Massnahmen für die Anpassung der Arbeitsbedingungen nicht ergriffen wurden; dass trotz des höheren, klimaschädlichen Verbrauchs der wohlhabenderen Personen die tiefen und mittleren Einkommen benachteiligt werden. Mit anderen Worten: Eine wirksame Klimapolitik muss fair sein und alle miteinschliessen. Sonst ist der Weg nicht nur lang und mühsam, sondern endet auch in einer Sackgasse mit gravierenden Auswirkungen auf die Natur und jeden und jede von uns.

Ich will nicht so weit gehen und sagen, dass die Schweizer Klimapolitik die Folgen für den Arbeitsmarkt, die Arbeitsbedingungen und die Sozialpolitik vollständig ignoriert. Aber es gibt Defizite die, wenn sie nicht rasch behoben werden, bei breiten Bevölkerungsschichten Widerstand gegen die Massnahmen, die im Kampf gegen die Erderwärmung ergriffen werden, hervorrufen wird.

Von den Defiziten der Klimapolitik kann das Fehlen eines gerechten Übergangskonzepts erwähnt werden (Forderung 4 des Positionspapiers). Die ungenügende Berücksichtigung des Strukturwandels des Arbeitsmarkts und die Notwendigkeit einer besseren Begleitung des betroffenen Personals; die zu schwache Verankerung der Sozialpartner, insbesondere für die Anpassungsmassnahmen, und

schliesslich die Abkehr des Parlaments von einem Klima- und Energielenkungssystem, das 2013 in die Vernehmlassung geschickt wurde und schrittweise die Fördermassnahmen ersetzen sollte. Um diese Defizite zu beseitigen, formuliert Travail.Suisse mehrere Forderungen, die sich im Positionspapier finden. Dieser Vortrag beschränkt sich auf drei Schlüsselbereiche.

**Begleitung des Strukturwandels.** Diese Begleitung muss mit der Aus- und Weiterbildung oder wenn notwendig mit Umschulungen verstärkt werden. Ein Mittel, um dies zu erreichen, ist die Einrichtung eines nationalen Weiterbildungsfonds, der die Weiterbildung aufgrund des klimapolitischen Strukturwandels finanziert. Dieser Fonds würde in enger Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern verwaltet, was sicherstellen würde, dass die Qualifikationen abhängig von der Nachfrage erhalten werden. Dabei soll auch die Einführung eines Einkommens für den ökologischen Wandel überlegt werden. Travail.Suisse unterstützt in diesem Sinn die Motion 20.4542 Vorsorge für die ökologische berufliche Umorientierung der Nationalrätin und Vizepräsidentin von Travail.Suisse, Léonore Porchet, die die Einführung einer neuen beruflichen Vorsorge nach dem Modell der Erwerbsersatzordnung verlangt, insbesondere für die Leistungsbeziehenden der Sozialversicherungen. Im Kanton Jura wurde bereits ein Schritt in diese Richtung gemacht; das Parlament prüft die Einführung eines Einkommens für den ökologischen Wandel. Dieses wird durch den Klimanotstand und die Notwendigkeit eines Wirtschaftsaufschwungs gerechtfertigt.

**Stärkung der Anpassungsmassnahmen in der Berufswelt.** Aufgrund der Tatsache, dass 18 der 19 wärmsten Jahre in der Schweiz seit 2000 verzeichnet wurden, ist die Erderwärmung für die Arbeitnehmenden bereits eine konkrete Realität. Die Massnahmen für die Senkung der Treibhausgasemissionen reichen folglich nicht aus, um die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zu gewährleisten. Deshalb darf man sich nicht nur auf das äussere Umfeld konzentrieren, sondern muss auch die Anpassungsmassnahmen in der Berufswelt verstärken (Schutz der Anlagen, die durch extreme Naturereignisse gefährdet sind). Dies betrifft vor allem die Branchen, wo im Freien gearbeitet wird, wie auf dem Bau, im Tourismus, in der Landwirtschaft, aber auch andere, wie den Schlüsselsektor Gesundheit. Bei der Umsetzung der Schweizer Strategie zur Anpassung an den Klimawandel müssen nicht nur die Kantone miteinbezogen werden, sondern auch die Sozialpartner. Die rechtlichen Grundlagen müssen nicht nur an die grössere Hitzebelastung angepasst werden, sondern auch einen besseren Schutz gegen andere Gefahren bieten (Überschwemmungen, Feuer, Verbreitung von neuen Krankheiten usw.).

Eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die zu schwachen Anpassungsmassnahmen geschuldet ist, führt auch zu einer Senkung der Produktivität. Die Sozialpartner haben ein gemeinsames Interesse daran, die Auswirkungen der Erderwärmung auf die Berufswelt mehr miteinzubeziehen als bis anhin. In diesem Punkt ist das Papier von Travail.Suisse auch ein Wissens- und Sensibilisierungsinstrument für seine Verbände, die diese Klimaziele in den Gesamtarbeitsverträgen verankern können, um die Arbeitnehmenden besser gegen neue Gefahren zu schützen (Erschöpfung aufgrund der Hitze, was zu Unfällen führt, mangelhaftes Schutzmaterial usw.).

**Für ein Klimalenkungseinkommen.** Der Übergang vom heutigen gemischten Lenkungs- (CO<sub>2</sub>-Abgabe) und Fördersystem (Zweckbindung der CO<sub>2</sub>-Abgabe, kostendeckende Einspeisevergütung) zu einem einheitlichen Klimalenkungssystem auf allen Treibhausgasemissionen würde helfen, die Klimaneutralität einfacher zu erreichen und gleichzeitig mehr Geld für die Rückverteilung an die Bevölkerung generieren. Aber die Funktionsweise dieses Systems muss einfach sein und es muss

sozial sein. Eine **vollständige Rückverteilung der Abgabe** (Aufhebung des zugewiesenen Teils) wäre für die tiefen und mittleren Einkommen gerechter. **In Zukunft müsste man aber auch von einer Rückverteilung der Lenkungsabgabe an die Wirtschaft absehen**, da die Unternehmen den Steuerbetrag auf die Preise abwälzen oder sich mit einer Verpflichtung zur Senkung ihrer Emissionen von der Steuer befreien lassen können. Durch diese Massnahmen wären in Zukunft deutlich höhere Beträge für die Rückverteilung an die Haushalte verfügbar. Diese würden sich besser bewusst, dass es sich lohnt, das eigene Verhalten zu ändern, da sie auch finanziell gewinnen könnten. Es wäre zudem sinnvoll, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, damit die Haushalte eine grössere Auswahl für die Auszahlung der geschuldeten Beträge haben. Dies würde eine positive Wahrnehmung des **Klimalenkungseinkommens** fördern und zu einem stärkeren Rückhalt der Klimapolitik in der Bevölkerung führen.